

Nationale Kommission zur Ver-
hütung von Folter (NKVF)
Frau Präsidentin
Regula Mader
info@nkvf.admin.ch

7-9-8-4 / GR

Bern, 21. Oktober 2021

Gesamtbericht über die schweizweite Überprüfung der Gesundheitsversorgung im Freiheitsentzug durch die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (2019 – 2021): Stellungnahme der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK)

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die GDK bedankt sich bei der Kommission für die geleisteten Arbeiten sowie den Miteinbezug im Rahmen der begleitenden Arbeitsgruppe und die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Grundsätzlich

Die NKVF zieht in ihrer Schlussfolgerung insgesamt eine durchmischte Bilanz bezüglich des Zugangs und der Qualität der medizinischen Versorgung in Schweizer Justizvollzugseinrichtungen. Die GDK stimmt der NKVF zu, dass in gewissen Bereichen nach wie vor Verbesserungsmöglichkeiten bestehen. Gleichzeitig weist die GDK aber auch darauf hin, dass gemäss Bericht der NKVF diverse Verbesserungen im Vergleich zum letzten [Gesamtbericht 2018-2019](#) erzielt werden konnten, was zu begrüßen ist, stellten die letzten 1,5 Jahre den Freiheitsentzug aufgrund der Pandemie doch auch vor zusätzliche Herausforderungen, die neben den alltäglichen Aufgaben zu bewältigen waren.

Die GDK bedauert, dass zum Zeitpunkt der Stellungnahme durch die betroffenen Organisationen erst eine Zusammenfassung des Berichts in französischer Sprache vorliegt. Wir bitten die NKVF, den Bericht künftig zweisprachig zur Stellungnahme vorzulegen.

Aus gesundheitspolitischer Sicht gehen wir gerne auf folgende Punkte des Berichts näher ein:

Medizinische Eintrittsabklärung (Ziffer 14 – 25)

Die NKVF sieht erneut den Bedarf, die medizinischen Eintrittsabklärungen zu verbessern. Das Schweizerische Kompetenzzentrum für den Justizvollzug (SKJV) hat die GDK darüber informiert, dass das SKJV derzeit ein Projekt zur medizinischen Eintrittsabklärung (Eintrittsgespräch und Eintrittsuntersuchung) leitet. Mit der Veröffentlichung der Projektprodukte (Grundlagenpapier, Merkblätter) ist im Sommer 2022 zu rechnen. Die GDK begrüsst dieses Vorhaben und wird die Empfehlungen zu gegebenem Zeitpunkt auch den kantonalen Gesundheitsbehörden zukommen lassen.

Informationen zu übertragbaren Krankheiten und Massnahmen zur Verhütung von übertragbaren Krankheiten (Ziffer 26 – 34 und 189 - 191)

Die GDK erachtet die Informationen und Massnahmen zur Verhütung von übertragbaren Krankheiten als wichtigen Bestandteil der Gesundheitsversorgung im Freiheitsentzug. Das Generalsekretariat der GDK wird deshalb den Kantonsärztinnen und Kantonsärzten den Gesamtbericht 2019-2021 der NKVF zukommen lassen und in einem Schreiben insbesondere auf die spezifischen Empfehlungen betreffend übertragbare Krankheiten aufmerksam machen. Die Kantonsärztinnen und Kantonsärzte werden dabei auch darum gebeten, mit den zuständigen Behörden und Einrichtungen des Strafvollzugs die Situation in ihrem Kanton zu prüfen und bei Bedarf Massnahmen zu erlassen.

Wir erachten dieses Vorgehen als Beitrag zu einem konsequenteren und einheitlicheren Vollzug von EpG und EpV. Da der Vollzug der entsprechenden Bundesvorgaben jedoch den Kantonen zukommt, ist kein einheitlicher Vollzug seitens Bund vorzugeben (Ziffer 37).

Psychiatrische Grundversorgung (Ziffer 38 - 46) und Suizidprävention (Ziffer 47 – 56)

In der [Stellungnahme der GDK vom 24. Oktober 2019](#) zum Gesamtbericht 2018-2019 der NKVF wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die psychiatrische Versorgung in der Schweiz grundsätzlich vor grossen Herausforderungen steht. Städtische Zentren und freie Praxen weisen eine relativ hohe Dichte an psychiatrischem Fachpersonal aus, wohingegen in ländlichen Regionen sowie stationären Kliniken und Ambulatorien ein Mangel besteht. Auch wenn die GDK eine Erhöhung des psychiatrischen Therapieangebots ausdrücklich begrüsst, würde sich die Umsetzung dieser Empfehlungen schwierig gestalten. Wir entnehmen dem aktuellen Bericht, dass diese Bedenken von der NKVF gewürdigt wurden. Es ist seitens GDK darauf hinzuweisen, dass die Pandemie diese Situation zusätzlich verschärft hat.

Insofern begrüssen wir sehr, dass die SKJV das «Handbuch Psychiatrische Versorgung im Freiheitsentzug» erarbeitet, welches auch auf die Suizidprävention eingehen wird. Diese Grundlagen können selbstverständlich die kapazitätsbestimmenden Personalsituationen in der psychiatrischen Grundversorgung nicht beheben. Aber wir gehen davon aus, dass trotz bestehender Limitierungen, mit konkreten und pragmatischen Grundlagen der SKJV Verbesserungen herbeigeführt werden können.

Geschlechterspezifische Bedürfnisse von inhaftierten Frauen (Ziffer 69 - 85)

Kritisch beurteilt die Kommission die geschlechterspezifische Gesundheitsversorgung für inhaftierte Frauen, insbesondere in gemischten Einrichtungen. In der Stellungnahme der GDK vom 24. Oktober 2019 zum Gesamtbericht 2018 -2019 der NKVF hat die GDK auf die Schwierigkeit zur Rekrutierung von medizinischen Fachpersonen für den Gesundheitsdienst im Strafvollzug aufmerksam gemacht. Gleichzeitig hat die GDK festgehalten, dass bei inhaftierten Frauen mindestens die Möglichkeit bestehen muss, eine weibliche Person bei einer Untersuchung bzw. Behandlung hinzuzuziehen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass diese Voraussetzung gemäss Bericht der NKVF 2019-2021 überall gegeben scheint. Wir teilen jedoch die Ansicht der NKVF, dass in der geschlechterspezifischen Gesundheitsversorgung nach wie vor Verbesserungspotenzial besteht. Die GDK ist bereit, die verschiedenen Empfehlungen zur Verbesserung der geschlechterspezifischen Versorgung sowie mögliche Massnahmen mit anderen Stellen und Behörden (namentlich NKVF, SKJV und Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren KKJPD) diskutieren.

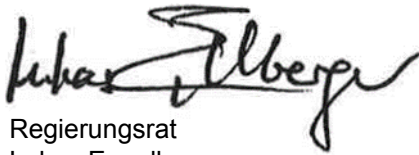
Krankenversicherungspflicht für alle inhaftierten Personen (Ziffer 123)

Die GDK hat mit Stellungnahme vom 24. Oktober 2019 bereits ihre Unterstützung zur Einführung einer obligatorischen Krankenversicherungspflicht für alle inhaftierten Personen festgehalten. Gemäss unserem Kenntnisstand hat die KKJPD beim EDI beantragt, dass es prüft, ob eine gesetzliche Grundlage zur Schaffung eines Krankenversicherungsobligatoriums für inhaftierte Personen ohne Wohnsitz in der Schweiz geschaffen werden soll.

Abschliessend hält die GDK fest, dass sie die Zusammenarbeit zwischen dem Justizvollzug und der Gesundheitsversorgung grundsätzlich unterstützt und auch wahrnimmt. Auf fachlicher Ebene tauschen sich KKJPD, GDK und SKJV zu den entsprechenden Themen aus und orientieren sich regelmässig über die geplanten Arbeiten der jeweiligen Stellen.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Regierungsrat
Lukas Engelberger
Präsident GDK



Michael Jordi
Generalsekretär